

Durch Preissenkung reicher geworden?

Pankows Preisdiktatur hat Grenzen — Allgemeine Enttäuschung

Am 1. September fand eine Sitzung des sowjetzonalen Ministerrats über Wirtschaftsfragen statt. Auf ihr wurde die von allen Seiten nachdrücklich geforderte HO-Preissenkung als „Gegenstand gründlicher Erörterungen“ bezeichnet. Am 5. September, zur Eröffnung der Leipziger Messe, wurde die HO-Preissenkung dann laut angeblichem Ministerratsbeschluss vom 4. 9. bekanntgegeben. Am 4. September aber hat der Ministerrat gar nicht getagt! Die SED hat — über den Kopf der Regierungsorgane hinweg — aus dringenden politischen Erfordernissen eine Form der HO-Preissenkung verkündet, von der die Bevölkerung tief enttäuscht ist, und die sie nach den großartigen Versprechungen auf die „umfassendste Preissenkung seit 1951“ nur als Hohn empfinden kann.

Um 600 Millionen Mark noch in diesem Jahr, um 1,8 Milliarden im kommenden Jahr werde sich die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, kommentiert die SED. Selbst wenn es stimmte, wäre es lächerlich wenig, gemessen an den 8 Milliarden Verbrauchssteuern, die der SED-Staat jährlich der Bevölkerung abnimmt und die dazu geführt haben, daß jeder Bewohner der Sowjetzone heute noch viermal so viel Verbrauchersteuer zahlt wie der Bürger in der Bundesrepublik.

Abgesehen davon: Der Wegfall der offiziellen Reparationszahlungen an die Sowjetunion seit Januar 1954 hätte schon längst zu einer Senkung der Verbrauchssteuern führen müssen. Wo ist dieses Geld inzwischen geblieben? Entweder wird es weiter an die Sowjetunion gezahlt, oder Pankow steckt es in die Rüstungsindustrie — der Bewohner der Sowjetzone hat davon jedenfalls nichts gehabt.

Absatzsorgen der HO

„Wir sind reicher geworden“, lügt die SED-Presse. Wer ist reicher geworden? Bei der ganzen Preissenkung fällt eigentlich nur die Ermäßigung bei Margarine und Fetten (wobei immer noch die Butter fehlt!) ins Gewicht. Selbst hier zeigt

sich aber an den neuen Preisen noch, daß eine normale Fettversorgung für die Bevölkerung nicht zu erwarten ist. Denn sonst könnte die HO nicht hoffen, ein Pfund einigermaßen brauchbarer Margarine, die im Westen 0,90 Mark kostet, für den von 3,50 auf 2,20 Mark gesenkten Wucherpreis loszuwerden. Wahrscheinlich ist, daß selbst diese einzige für den Verbraucher spürbare Preissenkung nur durchgeführt wurde, um Pankow reicher zu machen: Dadurch, daß nun wenigstens wieder Margarine verkauft wird, nachdem sie für 3,50 Mark zu schwer abzusetzen war. Auch die Preisdiktatur im kommunistischen Wirtschaftssystem hat Grenzen, wenn der Verbraucher streikt.

Daß solche Absatzsorgen Pankows bei den Preiserhöhungen eine wesentliche Rolle ge-

spielt haben, kann man daran erkennen, daß durch die Ermäßigung zum größten Teil ausgefallene Warengattungen verbilligt wurden, für die niemand recht Bedarf hat, und auf denen die HO rettungslos sitzengeblieben war. Nun sollen sie wenigstens durch Preiserhöhungen Käufer finden und noch einen Teil der erhofften Verbrauchssteuer einbringen.

Keine Qualitätswaren

Bei Qualitätswaren und echten Bedarfsartikeln dagegen sucht die Bevölkerung vergeblich nach Preissenkungen. Sogar das verbilligte Weizenmehl ist jetzt noch nicht wieder auf den Preis herabgesunken, den es vor der Heraussetzung der Weizenpreise im Jahre 1950 hatte! Perlonstrümpfe und Halbschuhe hat die SED verbilligt — aber für Arbeitsschuhe, die wirklich benötigt werden, nimmt sie die alten Verbrauchssteuern!

Wer hat denn schon in der HO Kinderfahrräder, Lederkleidung, Zelte, Sportboote, Musikinstrumente usw. gekauft? Nur wer tatsächlich ein guter Kunde für alle diese HO-Ladenhüter wäre, hätte seinen vollen Anteil an den 600 Millionen, um die die Bevölkerung angeblich reicher geworden ist. Der Mann mit normalem Gehalt oder Lohn gehört bestimmt nicht dazu.

„Ansporn zu höheren Leistungen“

Der zahlt vielmehr zu, denn: Die neue Preissenkung sei ein Ansporn zu höheren Leistungen, schreibt die SED-Presse. Als bis zum 5. September immer höhere Leistungen verlangt wurden, war die Preissenkung der Ansporn. Jetzt ist der ökonomische Kulminationspunkt erreicht, und die Kugel rollt den gleichen Weg wieder zu-

rück. Die Sache mit dem Ansporn ist ein Jo-Jo-Spiel mit der Geduld der Bevölkerung. Vielleicht 50 Millionen zahlt die SED bei dieser Preissenkung tatsächlich drauf — um in den kommenden zwei Monaten das Vielfache davon hereinzuholen.

Der Hintergrund dieser Preissenkung ist: Man steht vor

(Fortsetzung auf Seite 3)

Neues Bemühen

Der britische Regierungsbeschluß, zu einer Konferenz über die deutsche Wiederbewaffnung einzuladen, ist sowohl in Paris als auch in Bonn begrüßt worden. Die vorgesehene Konferenz dürfte also kaum noch von irgendeiner Seite torpediert werden, sie dürfte den Vorrang haben vor irgendwelchen anderen internationalen Konferenzen zu diesem Thema.

Das ist gut so. Denn solange man die Notwendigkeit einer möglichst ungeteilten einheitlichen westlichen Auffassung und Einstellung anerkennt, gilt es, jetzt nach dem Scheitern der EVG-Form, wenigstens die gemeinsame Herausarbeitung einer neuen Form zu versuchen: mit England, mit den USA, mit den Beneluxländern, Italien, dem Bund und mit Frankreich. Alle Spekulationen darüber, daß man Frankreich künftig unbeachtet „links liegen lassen“ würde, sind damit überholt.

Gewiß, es wird bei der geplanten Konferenz zu Meinungsverschiedenheiten kommen, aber diese können, ja müssen innerhalb der westlichen Völkerfamilie jetzt klärend ausgetragen werden. Mendès-France hat sich im Prinzip zum deutschen Verteidigungsbeitrag bekannt. Dulles hat die Revision der US-Europapolitik angekündigt; die Bundesregierung fordert jetzt volle Souveränität, Gleichberechtigung, Wehrhoheit; England schließlich fordert die westdeutsche Wiederbewaffnung mit Kontrollen über Rüstung, deutsche Truppenbeschränkung und Atomproduktionsverbot.

Diese große westliche Aussprache mit ihrem Bemühen um neue Formen ist notwendig, bevor es zu einer neuen Aussprache mit der Sowjetunion kommt. In der politischen Logik liegt eine Viererkonferenz hinter der Londoner Westmächte-Besprechung. Die EVG-Beseitigung war eine so intern westliche Angelegenheit, daß jetzt unmittelbar anschließend der Westen zusammentreten muß, um die neue Konzeption zu finden; und zwar, ohne daß

den Sowjets Gelegenheit gegeben wird, sie schon vorher zu torpedieren und durch ihr übliches Schein-Entgegenkommen zu vergiften.

Zu einer Viererkonferenz wird es, soll es und muß es kommen,

wenn westlicherseits dieses jetzige Stadium völliger Unklarheit überwunden sein wird. Klarheit muß vorher geschaffen werden, wie immer auch die Ergebnisse künftiger westlicher Zusammenarbeit sein werden.

Bastion gegen den Materialismus

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat anläßlich des Katholikentages in Fulda einen Aufsatz geschrieben, in dem er besonders auf die religiöse und geistige Situation in der Sowjetzone eingeht. In seinen Ausführungen heißt es:

„Der Materialismus, der von seiner Bastion Sowjetrußland aus den Angriff auf die Welt leitet, hat vor allem Deutschland zum Ziel seines Angriffs gemacht. Auf allen Gebieten trägt er den Kampf vor, vor allem auf politischem. Sein Ziel ist die Errichtung der politischen Macht, weil er durch brutale Anwendung der politischen Macht seine Ziele zu erreichen hofft: die Ausrottung der Religion, die Versklavung der Menschheit.

Ein zweiter Feind bedroht das Christentum, er steht im Bunde mit dem Materialismus, er bereitet ihm den Boden. Dieser Feind ist mitten unter uns: die drohende Vermassung. Ihr bester Wegbereiter ist die innere Haltlosigkeit der Menschen unserer Zeit, ihre Scheu, sich der drohenden Gefahren bewußt zu werden, die Oberflächlichkeit des Denkens, in die sich viele infolge der vorangegangenen Katastrophen flüchten.

Es gibt nur eine Macht, die uns durch diese Gefahren unbesiegt hindurchführen kann: das Christentum. Aber es genügt nicht, von christlichen Eltern abzustammen, getauft zu sein und sich Christ zu nennen. Unsere Zeit verlangt von uns, daß wir Christen der Tat sind, in der Familie, im Beruf, im öffentlichen Leben.

Im demokratischen Staat fallen die wichtigsten Entscheidungen, die die Grundlagen für ein christliches Leben, für Frieden und Freiheit sind, im politischen Raum. Im politischen Raum mitzuarbeiten, tätig zu sein, damit diese Grundlagen richtig gelegt werden, ist die Pflicht des Christen, von der er nicht entbunden werden kann.

Unsere Glaubensgenossen aus der Sowjetzone, die so zahlreich zu unserer größten Freude

am Katholikentag teilnehmen, wissen um diese Wahrheit. Sie wissen, daß kommunistische Diktatur, Unterdrückung der Religion, Unterdrückung der persönlichen Freiheit, Sklaverei, Willkür, Not und Elend ein untrennbares Ganzes bilden. Sie wissen zu schätzen, welche Güter Freiheit, Recht, Gerechtigkeit sind.

Viele von uns wissen das nicht mehr, sie betrachten alles, was wir besitzen, als eine Selbstverständlichkeit, als einen Besitz, den ihnen niemand nehmen kann. Ist sich jeder von uns immer darüber klar, daß es dem Bolschewismus gelungen ist, in drei Jahrzehnten das Christentum im russischen Volke, das gläubig und religiös war, in einem Volke von über 150 Millionen Seelen nahezu auszulöschen?

Nur wenn sich die christlichen Kräfte in Deutschland, Europa, auf der ganzen Welt zusammenscharen, wird es möglich sein, dem kommunistischen Angriff zu widerstehen.

Die Jugend ist so stark vertreten auf dem Katholikentag, sie rufe ich besonders auf. In ihren Händen liegt die Zukunft, in ihren Händen liegt es, ob sie Sklaven werden oder freie Menschen.

Wenn sie, wenn wir alle Christen der Sowjetzone, Katholiken und Protestanten, diese Bekenner, diese Missionare christlicher Treue und Standhaftigkeit doch immer wieder sehen und sprechen könnten. Welches Beispiel geben sie uns, ein Beispiel, vor dem viele von uns, viele in Westeuropa beschämt erröten müßten! Wir danken ihnen für ihren Mut, für ihre Beharrlichkeit, für ihre Festigkeit. Wir schulden ihnen Dank für ihr Ausharren, für ihr Beispiel.“

Im Mittelpunkt: Die deutsche Wiederbewaffnung

Neun-Mächte-Deutschlandkonferenz vorgeschlagen — Beginn 14. September?

Berlin (AP/DPA). Obgleich die EVG gescheitert ist, wird die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages und der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik allgemein anerkannt. Auch der französische Ministerpräsident Mendès-France hat sich ausdrücklich gegen eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen.

Auf westlicher Seite sind bereits mehrere Vorschläge für eine deutsche Wiederbewaffnung ausgearbeitet worden. Sie werden Gegenstand einer Neunmächtekonferenz sein, die die britische Regierung vorgeschlagen hat. Sie soll diesem Vorschlag nach am 14. September in London beginnen unter Teilnahme der sechs EVG-Staaten, Großbritanniens, der USA und Kanadas (einem der stärksten Partner des Nordatlantikpaktes).

Der endgültige Termin wird erst festgelegt werden, wenn sich alle beteiligten Staaten auf einen bestimmten Zeitpunkt geeinigt haben. Italien, Frankreich und die Niederlande haben dem 14. September bereits zugestimmt.

Die britische Regierung befürwortet eine Lösung der Wiederbewaffnungsfrage im Rahmen des Nordatlantikpaktes (NATO).

Der US-Außenminister Dulles sagte, die USA, Großbritannien und Frankreich müßten jetzt ohne Säumen alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die Bundesrepublik ihre Souveränität erhält und „in die Lage versetzt wird, ihren Beitrag zum internationalen Frieden und der internationalen Sicherheit zu leisten“.

Durch Preissenkung reicher geworden

(Fortsetzung von Seite 1)

Normerhöhungen und neuen Lohnstufen in der volkseigenen Industrie. Die einst als fortschrittlich propagierten Leistungslöhne sollen abgebaut werden, weil der Staat sie auf Grund anderweitiger Verpflichtungen nicht mehr zu zahlen vermag. Bei der Agitation für die Normerhöhungen haben sich die Diskussionen um die Preissenkung zugespitzt. Nun hat die SED, um Normerhöhungen zu begründen, überfürzt diese Preissenkung zugestanden.

Frankreichs Ministerpräsident Mendès-France erklärte, die drei Westmächte und die Bundesregierung seien sich über die Notwendigkeit der deutschen Wiederbewaffnung völlig einig. Er lehne eine Neutralisierung Deutschlands in aller Form ab und werde nun versuchen, eine baldige Einigung zwischen den interessierten Mächten über ein neues System des deutschen Verteidigungsbeitrages herbeizuführen.

Bonn fordert uneingeschränkte Souveränität

Bonn (Eigenbericht). Wenige Tage nach der Pariser Ablehnung der EVG hat die Bundesregierung in einem Kommuniké ihre nächsten außenpolitischen Ziele festgelegt. Sie bekennt sich darin u. a. zur Fortführung der Politik der europäischen Einigung und betont, nur auf diesem Wege sei die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu erreichen. Die Bundesregierung verlangt Teilnahme an der westlichen Verteidigung ohne jede Diskriminierung Deutschlands und vor allem Wiederherstellung der deutschen Souveränität ohne jede Einschränkung.

Wo die höheren Leistungen der Arbeiter bleiben, können jene 80 000 unter ihnen, die im SED-Auftrag nach Leipzig fahren, auf der Messe sehen. Hier offenbart sich der wirtschaftliche Ausverkauf. Zu Schleuderpreisen werden Waren für das Ausland angeboten, um Devisen hereinzubekommen. Und damit wieder werden die Verpflichtungen an den Ostblock bezahlt. Der Arbeiter in der Zone aber soll Dankeschön dafür sagen, daß er sich einen Liter Milch für seine Kinder statt für 1,60 Mark künftig für 1,20 Mark leisten kann.

Allen bisherigen Verlautbarungen nach steht die Möglichkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages innerhalb der NATO im Vordergrund. Eine Art NATO-Lösung wurde bereits vor mehr als einem Jahr von Premierminister Churchill angeregt. Die Schwierigkeit der Durchführung lag darin, die Zustimmung aller NATO-Mitglieder zu erhalten, also auch Frankreichs. Nachdem jetzt jedoch Mendès-France selbst von einer Lösung „im Rahmen der NATO“ gesprochen hat, werden dieser Lösung in London jetzt wesentlich größere Chancen gegeben als noch vor einem Jahr.

Die Bundesregierung strebt an, daß die Besatzungsmächte zunächst die deutsche Souveränität ohne jede Einschränkung wiederherstellen. „Es gibt keine halbe und keine Viertel-Souveränität.“ Erst danach will die Bundesregierung vertraglich gewisse Souveränitätsrechte an die jetzigen Besatzungsmächte abtreten, die sich aber hauptsächlich auf die Zuständigkeit für Berlin und die Wiedervereinigung Deutschlands beschränken sollen. In diesen beiden Punkten sollen die Alliierten ihre Rechte behalten, die aus Viermächteabmachungen von 1945 herrühren. Dieses Programm der Bundesregierung schließt ein, daß auch die Wehrhoheit Deutschlands ohne Vorbehalte wiederhergestellt werden soll.

In einer ersten Erklärung vor der deutschen Öffentlichkeit zu der neuen Lage, die durch die Ablehnung der EVG entstanden ist, sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer, auch nach der Pariser Entscheidung müßten Einheit und Geschlossenheit der freien Völker gegenüber der kommunistischen Bedrohung oberstes Prinzip der westlichen Politik bleiben. Eine europäische Verteidigungsgemeinschaft in dieser oder jener Form werde kommen,

Atombehörde ohne Moskau

Shippingport (Pennsylvania) (AP/DPA). Präsident Eisenhower gab bekannt, daß die USA und mehrere Staaten der freien Welt sich jetzt entschlossen haben, ohne die Sowjetunion einen internationalen Atompool für friedliche Zwecke zu gründen.

Dem von Präsident Eisenhower angekündigten Atompool werden zunächst außer den USA Großbritannien, Frankreich, Kanada, Australien und Südafrika und später auch andere Länder angehören. Nach der Gründung der internationalen Behörde soll in Amerika ein Institut zur Ausbildung von Fachkräften für den Betrieb von Atomreaktoren eingerichtet werden.

Roter Spionagerring zerschlagen

Athen (AP/DPA). Der griechische Ministerpräsident Papagos gab die Zerschlagung eines ausgedehnten kommunistischen Spionageringes bekannt, der gegen Griechenland und seine Verbündeten gearbeitet habe. Es handele sich um den „größten Erfolg“, den Griechenland seit der Niederwerfung der kommunistischen Guerilla-Verbände im Jahre 1949 im Kampf gegen den Kommunismus errungen habe.

Papagos sagte, daß dem Spionagerring „phantastische Summen“ zur Verfügung standen. Die Agenten seien auf Spionageschulen der Sowjetunion militärisch und politisch ausgebildet worden. Leiter des Agentennetzes sei ein Generalmajor Charilaos Florakis gewesen, der verhaftet werden konnte. Der Spionagerring habe sich einer großen Anzahl von Kommunisten bedient, die von der Regierung amnestiert wurden. Auch gewisse Elemente, die versprochen hätten, sich nicht mehr im kommunistischen Sinne zu betätigen, hätten dem Ring angehört.

Nach Berichten aus gutunterrichteter Quelle sollen etwa vierzig führende griechische Kommunisten und drei weitere Personen, die aus Gebieten jenseits des Eisernen Vorhanges

Klare Forderungen an den Kreaml

Westmächte: Erst Freie Wahlen in ganz Deutschland

London (AP). Den Regierungen Frankreichs, der USA und Großbritanniens wurde der von einem Westmächteauschuß ausgearbeitete Entwurf der Antwort auf die letzte sowjetische Note übermittleit, in der Moskau eine baldige Konferenz über die Europäische Sicherheit und die Deutschland-Frage gefordert hatte. Abschriften des Entwurfs wurden gleichzeitig den Regierungen der Bundesrepublik und Österreichs sowie der übrigen NATO-Staaten zur Meinungsäußerung zugeleitet.

Wie unterrichtete Kreise mitteilen, verlangen die Westmächte in ihrer Antwort u. a., das Moskau der Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen unter internationaler Überwachung vor dem Abzug der Besatzungs-

mächte zustimmt. Außerdem werde in den Noten festgestellt, daß der Westen weder auf den Atlantikpakt noch auf die Aufrüstung Westdeutschlands verzichten, wie es die Sowjets gefordert hatten.

Schutz für Indochina-Staaten

Manila (AP). In der philippinischen Hauptstadt begann die Gründungskonferenz für eine südasiatische Verteidigungsorganisation. Die Konferenz, an der außer den drei Westmächten, Australien, Neuseeland und den Philippinen als einzige asiatische Festlandnationen Thailand und Pakistan teilnehmen, wurde von dem philippinischen Präsidenten Magsaysay eröffnet.

Der amerikanische Außenminister Dulles gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz auch einen Schutzmantel über jene Länder werfen werde, die nicht vertreten seien. Er nannte dabei unter anderem Vietnam, Laos und Kambodscha, deren Teilnahme an einem Militärbündnis durch das Genfer Waffenstillstandsabkommen verboten ist.

Trommelfeuer auf China-Insel

Störenfried Rotchina - Nationalchinesen schlagen zurück

Taipeh (AP/DPA). Rotchina hat eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der auf der Insel Formosa stationierten nationalchinesischen Armee vom Zaun gebrochen. Seit dem 2. September liegt die zwischen dem Festland und Formosa liegende nationalchinesische Insel Quemoy unter dem unaufhörlichen Trommelfeuer der rotchinesischen Küstenbatterien. Am 6. September schlugen die Nationalchinesen zum erstenmal zurück. In mehreren Wellen belegten Flugzeuge die kommunistischen Artilleriestellungen auf dem Festland mit Bomben. Außerdem beschossen nationalchinesische Batterien von Quemoy aus die der Insel gegenüberliegende rotchinesische Stadt Amoy.

Ein nationalchinesischer Spre-

cher sagte, daß bisher keine Anzeichen für ein bevorstehendes kommunistisches Landungsunternehmen auf Quemoy vorliegen. Der rotchinesische Rundfunk droht jedoch mit einem Angriff auf Formosa, das unter dem Schutz der 7. US-Flotte steht.

Der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Seaton erklärte, die USA seien sich ihrer Verantwortung im Gebiet von Quemoy genau bewußt. „Gewisse Einheiten unserer Flotte sind auf See.“

Auf die Frage jedoch, ob die 7. US-Flotte neue Befehle bekommen habe, auch den Schutz der dem Festland vorgelagerten Inseln zu übernehmen, erklärte Seaton: „Besondere Befehle dieses Inhalts sind mir nicht bekannt.“

Es war ein großes Erlebnis ...

76. Deutscher Katholikentag in Fulda abgeschlossen

Fulda (Eigenbericht). Mit einem großen Schlußgottesdienst auf der Johannisau, an dem über 300 000 Gläubige, darunter 40 000 aus der Sowjetzone, teilnahmen, endete am Sonntag der 76. Deutsche Katholikentag in Fulda. Für die Teilnehmer aus Ost und West war er ein tiefes gemeinsames Erlebnis.

Ermutigung, Stärke, Hoffnung und Zuversicht nahmen die Gläubigen aus der Sowjetzone mit. Für die westdeutschen Teilnehmer waren die Berichte aus der Sowjetzone nützlich und heilsam. Ihnen wurde verpflichtend die Verantwortung auferlegt, sich sehr entschieden für die christliche Gestaltung des öffentlichen Lebens einzusetzen, denn sie haben dazu die Freiheit.

Weit größer als erwartet war auf dieser zweiten großen christlichen Kundgebung dieses Sommers nach dem evangelischen Kirchentag wiederum die Teilnehmerzahl aus der Sowjetzone. 20 000 hatte man erwartet — weit über 40 000 kamen, darunter über 8000 Jugendliche.

In den meisten Arbeitsgemeinschaften zeigte sich mehr und mehr, wie sehr die Aussprache zwischen den Katholiken der Sowjetzone und des deutschen Westens im religiösen Interesse fruchtbar ist. In den lebhaften Auseinandersetzungen trat zutage, daß durch die Spaltung manche Begriffe und Grundauffassungen in der Form verschieden, aber letztlich auf dem religiösen Boden immer wieder zu vereinen sind.

Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit

Nürnberg (DPA). Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet ist im August um 55 751 auf 878 622 gesunken. Damit ist ein neuer Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit seit der Währungsreform erreicht. Der tiefste Punkt des vergangenen Jahres (Ende September) war in diesem Jahre schon vor einem Monat um 6800 unterschritten worden.

Im einzelnen ging im August die Zahl der männlichen Arbeitslosen um 49 571 auf 508 860 und die der arbeitslosen Frauen um 6180 auf 369 762 zurück. Der Präsident der Bundesanstalt für

Sehr eindrucksvoll waren die Mitteilungen über die religiöse Standhaftigkeit der Katholiken der Sowjetzone. Über 85 Prozent der Bevölkerung schicken ihre Kinder in den religiösen Unterricht der Konfessionen.

Zu einer grundsätzlichen Aussprache kam es, als Frau Faßbinder die „östliche Friedenspolitik“ gegen die Bundesrepublik ausspielte. Auf das Lebhafteste wurde ihr mit dem Hinweis erwidert, wie denn die große Zahl der in den Konzentrationslagern verstorbenen politischen Häftlinge in Einklang zu bringen sei mit christlichen Grundauffassungen des Politischen. Die Menschen, so wurde betont, haben ein Recht auf Freiheit, das nicht durch politische Zugeständnisse erkauft werden könne.

Auf dem großen Schlußgottesdienst übermittelte der Präsident des Zentralkomitees, Karl Fürst zu Löwenstein, eine Botschaft des Papstes. Pius XII. gedachte darin der aus dem Osten erschienenen Besucher. „Wo sie leben, findet das Grundthema ihres Katholikentages

„Ihr sollt mir Zeugen sein“ weitgehend mutige, ja oft heldenhafte Verwirklichung.“

Vielleicht werden einige wenige mit aus der Zone herübergekommene Emissäre der kommunistischen Propaganda jetzt versuchen, aus den Fuldaer Bekanntheitsgraden gerade auch der 40 000 Gläubigen aus der Sowjetzone propagandistische Folgerungen oder diffamierende Kampfpapieren zu ziehen. Die wird ihnen niemand abnehmen. So wie der Text der alten Gebete und die Melodie der Lieder, haften in den Herzen der Menschen, die an diesem christlichen Treffen teilnahmen, die Überzeugungen ihres Glaubens und alle Folgerungen für die Freiheit und Würde des Menschen, die daraus gewonnen werden.

Wieder

„Hamburger Fremdenblatt“

Das „Hamburger Fremdenblatt“ ist nach zehnjähriger Unterbrechung vor kurzem zum erstenmal wieder erschienen. In seiner Aufmachung knüpft es an seine jahrzehntelange Tradition an. Es erscheint siebenmal wöchentlich. Chefredakteur ist Karl Willy Beer.

FDJ - Feldzug gegen Religion

Berlin (Eigenmeldung). Aus dem Zentralrat der FDJ wird bekannt, daß ein Aufklärungsplan ausgearbeitet wurde, nach dem in den sogenannten Schüleraktiven der FDJ zu Beginn des neuen Schuljahres ein „Aufklärungsfeldzug gegen die Religion“ gestartet werden soll.

Mehrere antireligiöse sowje-

tische Schriften wurden übersetzt, um den Aufklärern geeignetes Material zur Verfügung zu stellen. Die Bezirksstellen der FDJ sollen einen „Referenten für religiöse Fragen“ ernennen.

Waffen auf Abruf

Washington (AP). Das US-Außenministerium gab bekannt, daß Waffen im Werte von rund 500 Mill. Dollar sofort an die Bundesrepublik geliefert werden können, wenn eine Alternativlösung für die geplante EVG gefunden worden ist.

Diese Waffen und Ausstattungsgegenstände sind bereits vor längerer Zeit auf Grund von Bewilligungsgesetzen bereitgestellt worden. Die Waffen, deren Lagerung bereits Schwierigkeiten bereitet, können gegebenenfalls ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Anordnung von Präsident Eisenhower an die Bundesrepublik geliefert werden.

Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Scheuble, sagte, die Arbeitslosenzahl würde noch tiefer liegen, wenn nicht ein ständiger Zuwachs durch Sowjetzonenflüchtlinge entstünde. Ohne diesen Zustrom würde sogar ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften in den verschiedenen Industriezweigen bestehen.

Am stärksten war der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Bayern. In Berlin ging die Arbeitslosenziffer um 10 555 auf 164 075 zurück.

Machtkampf hinter Kreml-Kulissen

Differenzen auf vielen Gebieten — Lysenkostreit als Beispiel

Herrscht im Kreml Eintracht? Dazu meint Walter Kolarz, der Autor einer Reihe von Büchern über die Sowjetunion und Verfasser nachstehenden Artikels: „Niemand weiß Genaues. Anzeichen aber sprechen dafür, daß sich hinter den Kulissen ein Kampf abspielt.“

In der Zeit, die seit dem Sturz von L. P. Berija vergangen ist, hat sich die Zusammensetzung der sowjetischen Hierarchie wesentlich verändert. Das Triumvirat Malenkow-Berija-Molotow ist dem Duumvirat Malenkow-Chruschtschew gewichen. Wer ist der Mächtigere, Ministerpräsident Malenkow oder der 1. Parteisekretär Chruschtschew?

Tatsache ist, daß Chruschtschew von allen sowjetischen Führern am meisten von dem Sturz Berijas profitiert hat. Chruschtschew war es, der auf zwei wichtigen Sitzungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei (im September 1953 und im Februar 1954), auf denen eine neue und aktivere sowjetische Agrarpolitik ausgearbeitet wurde, das Hauptreferat hielt. Chruschtschew war Hauptdelegierter der sowjetischen Kommunistischen Partei auf kommunistischen Kongressen in Polen und der Tschechoslowakei.

Das Kollektiv

Malenkow und Chruschtschew stehen gemeinsam an der Spitze eines Kollektivs, dessen übrige Mitglieder sich strikt an ihre Aufgabengebiete halten. Die Außenpolitik zum Beispiel liegt weiterhin in den Händen Molotows, untersteht aber offenbar der Oberaufsicht durch das Parteipräsidium.

Es sind Zeichen dafür vorhanden, daß sich im Kreml hinter den Kulissen ein Kampf abspielt. Man muß feststellen, daß sich die Politiker und Theoretiker des sowjetischen Regimes über die nachstalinistische kommunistische Ideologie nicht einig sind. Wer die sowjetische Presse regelmäßig liest, nimmt tiefwurzelnde Meinungsgegensätze wahr, die von der Existenz verschiedener Strömungen innerhalb der kommunistischen Partei sprechen.

Nehmen wir den Streit um die Biologie, die Persönlichkeit des Akademiestar Lysenko

o. In den letzten Monaten ist Lysenko wiederholt angegriffen worden, offenbar mit Billigung einer sehr hochgestellten Persönlichkeit, möglicherweise Chruschtschew selber, der als erster die Offensive gegen ihn eröffnet hatte. Dennoch hat Lysenko seinen Posten als Präsident der Landwirtschafts-akademie behalten und veröffentlicht auch weiter wichtige Erklärungen über Agrobiologie. Daher muß im Kreml eine maßgebliche Gruppe sein, deren Gunst Lysenko auch heute genießt.

Literatur-Streit

Auf dem Gebiet der Literatur und der Künste sind nicht weniger bedeutsame Meinungsverschiedenheiten zutage getreten. Hier gibt es einmal den orthodoxen Schdanowismus, d. h. strikte und unerbittliche Reglementierung, zum anderen eine mehr liberale Politik, die den Schriftstellern und Künst-

lern etwas mehr Freiheit in ihren Werken zugesteht.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß Verwirrung und Konflikte nur auf das Gebiet der Wissenschaft und der Künste beschränkt sind. Auch auf rein politischem Gebiet hat es beträchtliche Schwankungen gegeben. So ist beispielsweise die Politik des Kreml gegenüber den nichtrussischen Nationalitäten voller Gegensätze. Zeitweilig regierte der Wunsch, den örtlichen nichtrussischen Kommunisten mit Zugeständnissen entgegenzukommen. Dann wieder wurde willkürlich in der entgegengesetzten Richtung vorgegangen.

Die Entwicklungen, die sich seit Stalins Tod und Berijas Sturz vor über einem Jahr bisher mit so viel Unterschiedlichkeiten abgezeichnet haben, sind möglicherweise ein Vorspiel kommender Ereignisse. Die internen Differenzen dürften sich, nachdem sie einmal entfesselt sind, wahrscheinlich noch verstärken und die innenpolitischen Verhältnisse der Sowjetunion noch konfuser gestalten.

Schildbürgerstreich der Planwirtschaft

Der kleine Ort Fahrenwalde im Kreis Pasewalk hat das Zeug dazu, berühmt zu werden. „Schilda der Planwirtschaft“ könnte er sich nennen, seit dort der Schildbürgerstreich mit dem Mähbinder passiert ist...

Dieser Mähbinder gehört der zuständigen Maschinen-Traktorstation (MTS). Und laut Vertrag sollte er das Getreide auf 60 Hektar Acker abernten, die zu verlassenen Bauernhöfen, den sogenannten „örtlichen Landwirtschaftsbetrieben“, gehören. Aber die Verwaltung dieser Betriebe wartete vergeblich. Der Mähbinder werde drei Wochen später kommen, teilte die MTS mit. Auf den Feldern stand das Korn und drohte zu verderben. In höchster Not faßte die Verwaltung einen Aktivisten-Entschluß: Man hatte zum Glück noch Sensen. Das Getreide wurde gemäht, und dann wartete man auf ein großes Lob.

Aber statt der Prämie kam der Bescheid, daß an die MTS wegen Nichteinhaltung des Vertrages 3000 Mark Konventionalstrafe zu zahlen seien.

Nanu?

Die Sache stimme, bestätigten die vorgesetzten Dienststellen. Fahrenwalde hätte eben die MTS wegen Verzögerung zuerst verklagen müssen. Das sei versäumt worden, also müsse Fahrenwalde zahlen. Wütend meinten die Fahrenwalder Funktionäre, dann hätte man das Getreide ja besser verkommen lassen können. Sie wurden eines Besseren belehrt: So etwas wäre nun wieder Sabotage gewesen und hätte mehr als 3000 Mark gekostet.

Wo geplant wird, fallen eben Späne. Und selbst Linientreue haben dann Gelegenheit, über Sinn und Nutzen der Planwirtschaft nachzudenken. In Fahrenwalde sieht man nur noch den Unsinn.

Genossenschaftsbauer sein ist teuer!

Eine aufschlußreiche Abrechnung — Ganze 10 Pfennig Stundenlohn

Vor kurzem hat der sowjetische Botschafter Puschkin eine Anzahl von Bauern aus Halle und Gera in sein Palais Unter den Linden eingeladen und sie mit Speck und mit — chinesischen Koteletts beköstigt. Um die gleiche Zeit sprach ein Genossenschaftsbauer aus dem gleichen Gebiet bei der Notaufnahmestelle vor und bat um Asyl als politischer Flüchtling. Er hatte mit dem Leiter seiner Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Geschwister Scholl“ in Pretzin (Kreis Jessen) einen derartigen Zusammenstoß gehabt, daß ein weiteres Verbleiben für ihn Gefahr für Leib und Leben bedeutete hätte.

Dieser Genossenschaftsbauer brachte ein außerordentlich aufschlußreiches Dokument mit, aus dem einwandfrei hervorging, daß der Bauer nicht nur keine Forderung an die Produktionsgenossenschaft hatte, sondern noch einen Betrag von 380,70 Dm zu zahlen hatte. Dieser Mann, der eine Kuh, eine Färse, einen Grasmäher und seine ganze Arbeitskraft eingebracht hatte, forderte für 1953 insgesamt 2036,28 DM; die Produktionsgenossenschaft verlangte von ihm aber 2416,08 DM, so daß er 380 DM zuzahlen sollte. Wie kam das? Der Originalbrief weist das aus:

„Auf Grund Ihrer mehrmaligen Vorschläge betreffs Auszahlung Ihrer restlichen 30 % für geleistete Arbeitseinheiten im Jahre 1953 d. s. 487,1 A.E. sowie der noch rückständigen Naturalien für die hier angeführten A.E. erhalten Sie nach unserer Berechnung wie folgt:

Für 487,1 A.E.	1168,80 DM		
Für 680 kg Kartoffeln, pro 100 kg	7,60 DM =	51,68 DM	
Für 579 kg Getreide, pro 100 kg	20,— DM	=	115,80 DM
Insgesamt	1336,28 DM		

Außerdem für

1 eingebrachte Kuh	400,— DM
1 Färse	150,— DM
1 Grasmäher	150,— DM

Ihre Forderung beträgt daher

zusammen 2036,28 DM

Nachdem nun das vergangene Jahr infolge schlechter Wirtschaftsführung mit einem Verlust von 85 459,50 DM abschloß und sich dieser Verlust proportional auf die geleisteten A.E. auswirkt, müssen auch Sie dafür mit haften. Pro A.E. entfällt daher der Betrag von 3,34 DM bei

487,1 Arbeitseinheiten sonach	1626,58 DM
Für Viehpflege auf die Dauer von 9 Monaten	72,— DM
Für 560 kg Kraftfutter	180,— DM
Für Stroh	123,20 DM
Für Rüben	61,20 DM
Für Futterschrot	57,20 DM
Für zuviel verrechnete 37 A.E. lt. Karteikarte und Leistungsbuch	296,80 DM
Unsere Forderung beträgt daher	2416,98 DM
Ihre Forderung	2036,28 DM

Wir haben sonach einen Betrag von 380,70 DM zu bekommen und erwarten, daß Sie diesen Betrag auf un-

Zwangsvollstreckung verlangt

Berlin (DPA). Der Landesbezirk Berlin der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands will jetzt mit den zuständigen deutschen und alliierten Stellen neue Verhandlungen aufnehmen, um eine Realisierung der von Westberliner Eisenbahnern gerichtlich gegen die Sowjetzonen-Bahn eingeklagten Lohn- und Gehaltsforderungen zu ermöglichen.

Wie die Gewerkschaft mitteilt, wurden bis zum August dieses Jahres von entlassenen und gemäß den Westberliner Eisenbahnern durch rechtskräftige Urteile des Arbeits- und Landgerichts insgesamt 10 Millionen DM eingeklagt, die jedoch von der Sowjetzonen-Eisenbahn nicht gezahlt werden.

Scheinwahlen ohne SPD

Berlin (Eigenbericht). Die SPD wird sich an den „Wahlen zur Volksvertretung Groß-Berlins“

ser Kto. bei der D.B.B. in Jessen zur Einzahlung bringen werden.“

Dieses ist kein Einzelfall. In der Produktionsgenossenschaft Klein-Opitz, Bezirk Dresden, stellte sich bei der Jahresabrechnung heraus, daß je Arbeitseinheit nur 0,95 Ostmark gezahlt werden konnten. Das entspricht einem Stundenlohn von 10 Ostpfennig. Ein Mitglied der gleichen Produktionsgenossenschaft erhielt für die Arbeit mit seinem Gespann am Tag drei Ostmark! Privatbäuerliche Betriebe sind verpflichtet, ihren Arbeitern je Arbeitsstunde einen Lohn von 0,72 Mark zu zahlen.

Kein Wunder ist es, daß bei solchen Mißständen die Bauern, die sich zum Eintritt in eine Produktionsgenossenschaft haben verleiten lassen, wieder austreten wollen.

75 000 Flüchtlinge

Berlin (AP). In der vergangenen Woche traf der 75 000. Flüchtling seit Beginn dieses Jahres in Westberlin ein. Allein im Monat August meldeten sich 10 119 Flüchtlinge bei den Westberliner Flüchtlingsstellen.

am 17. Oktober in Ostberlin nicht beteiligen. Als Begründung wird in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß die Presse- und Redefreiheit sowie die Wahrung des Wahlgeheimnisses und die ordnungsgemäße Feststellung des Wahlergebnisses nicht gewährleistet seien. Eine unabdingbare Voraussetzung für freie Wahlen sei ferner die Entlassung der aus politischen Gründen verhafteten Berliner.

Zu diesem Beschluß erklärte der zweite Berliner SPD-Vorsitzende, Brandt, am Freitag vor Pressevertretern, die SPD sei zwar zur Teilnahme an diesen „Wahlen“ nicht aufgefordert worden, man habe jedoch im Zusammenhang mit der sogenannten Wahlordnung Möglichkeiten einer Beteiligung gesehen. Brandt wies darauf hin, daß die SPD in Ostberlin auf Grund eines Viermächtebeschlusses noch organisiert sei.

Kampf gegen Kinderlähmung und Tbc

Deutsche Zentralstelle gebildet — Einheitliche Maßnahmen

In Westberlin fanden in der vergangenen Woche zwei bedeutsame medizinische Tagungen statt: Im Auditorium Maximum der Freien Universität tagte die Deutsche Tuberkulose-Gesellschaft; im Landesgesundheitsamt wurde die „Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Kinderlähmung“ gegründet. Die Wissenschaft will alle Anstrengungen machen, um gerade diese beiden gefährlichen Krankheiten noch wirksamer als bisher zu bekämpfen.

Die Deutsche Tuberkulose-Gesellschaft (Sitz Marburg) veranstaltete ihre Tagung gemeinsam mit dem Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose (Sitz Hannover). Vor 850 Teilnehmern gab der Präsident des

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschreibfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Deutschen Zentralkomitees, Prof. Dr. Redeker, einen Überblick der letzten Jahrzehnte internationaler Tbc-Forschung und -Bekämpfung. Prof. Redeker kam zu der bemerkenswerten Feststellung, daß die Volksseuche Tuberkulose sich zur

Zeit im Rückgang befinde. Die Sterbeziffer an Tuberkulose sei in Deutschland heute um mehr als 50 Prozent geringer als beim Spitzenstand in der Vorkriegszeit. Doch bei diesen Fortschritten dürfe man nicht stehenbleiben.

In der „Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der Kin-

derlähmung sind die Bundesregierung und die westdeutschen Länderregierungen vereinigt. Der Vorschlag zur Schaffung einer zentralen Stelle im Kampf gegen die Kinderlähmung war von der Konferenz der Gesundheitsminister ausgegangen. Die Beispiele der Maßnahmen in den Vereinigten Staaten und die teilweise katastrophalen Folgen der Epidemien in Europa bestimmten die Vorbereitungen.

Das Schwergewicht der Arbeit der neuen Vereinigung wird neben der Beschaffung der finanziellen Mittel auch in der Prophylaxe und in der Vorbereitung einheitlicher wirkungsvoller Bekämpfungsmaßnahmen und einer ausreichenden Aufklärung der Öffentlichkeit liegen.

Rückreise gegen Ostmark?

Das evangelische Hilfswerk hat den zuständigen Stellen der Bundesrepublik vorgeschlagen, Besuchern aus der Sowjetzone künftig die Bezahlung ihrer Rückfahrt in Ostmark zu ermöglichen.

Das Hilfswerk ist der Ansicht, daß das Bundesverkehrsministerium dafür Mittel bereitstellen sollte. In letzter Zeit hätten viele Reisende um Bezahlung der Rückfahrt gebeten. Das Hilfswerk meint, eine generelle Regelung dieser Angele-

genheit könne den Interzonenverkehr wesentlich erleichtern.

100 Millionen Kilo Auslandsspenden

Die Menge der Auslandsspenden an Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen, Arzneien und Rohstoffen, die dem Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland seit 1945 zur Verfügung gestellt wurden, hat die Grenze von 100 Millionen Kilo jetzt überschritten.

Fünzfach Auflage

Berlin (Eigenmeldung). Aus einem Bericht, in dem Otto Nuschkes Ost-CDU-Blatt „Neue Zeit“ dieser Tage nachzuweisen versuchte, daß das kirchliche Leben in der Sowjetzone „gefördert“ wird, geht hervor, daß die gesamte Kirchenpresse aller Konfessionen in der Zone eine Auflage von insgesamt 305 320 Exemplaren hat.

Damit kommt nur auf jeden 60. Bewohner der Sowjetzone

eine religiöse Zeitschrift. Demgegenüber stellt das „Petrusblatt“ jetzt fest, in der Bundesrepublik habe die kirchliche Presse zur Zeit eine Gesamtauflage von 12,8 Millionen Exemplaren, so daß auf jeden vierten Bewohner der Bundesrepublik eine religiöse Zeitschrift kommt. Die Auflage der Kirchenpresse in Westdeutschland ist also im Verhältnis zur Einwohnerzahl fünfzehnmal so hoch.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin · Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.